

**Dr. Karl-Heinz Fix**

**„Nichtarier, die evangelisch sind. Die Nürnberger  
Hilfsstelle für rasseverfolgte Christen“**

**Vortrag am 15. März 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Nichtarier, die evangelisch sind. Die Nürnberger Hilfsstelle für rasseverfolgte Christen“. In diesem sperrigen Titel ist von Menschen die Rede, die man seit 1933 zusätzlich zu einem religiösen Begriff – Christen – mit einem ausgrenzenden Begriff – Nichtarier – meinte beschreiben zu müssen. Und es ist von einem schmerzlich langen Zeitraum von fünfeinhalb Jahren die Rede, die es dauerte, bis die evangelische Kirche sich dieser Männer und Frauen in ihrer Mitte erinnerte und sich ihrer annahm.

Im Folgenden werde ich Ihnen nach einer knappen Vorgeschichte seit 1918 darstellen, wie es im bayerischen und reichsweiten Kontext zu den Hilfsstellen für rasseverfolgte Christen kam und dann die Arbeit von Pfarrer Hans-Werner Jordan hier in Nürnberg, gestützt auf seine eigenen Aufzeichnungen, beschreiben.

Was ich Ihnen darzustellen habe, spielte sich ab vor dem Hintergrund prinzipieller Defizite deutscher protestantischer Theologie, die ich vorab nennen möchte. Da vorhin das Gedenken im Mittelpunkt stand, werde ich diese Defizite unter dem Schlagwort Vergessen benennen. Theologen und Kirchenführer

– vergaßen elementare Topoi der evangelischen Lehre wie den unumstößlichen Wert der Taufe oder die Tatsache, dass die Zwei-Reiche-Lehre sich nicht im Kampf für die eigene freie Religionsausübung erschöpft.

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



- Sie vergaßen in ihrer Fixierung auf Römer 13, dass in Apostelgeschichte 5, 29 der Gottesgehorsam über den Menschengehorsam gestellt ist.
- Sie vergaßen, dass verantwortliche theologische Rede politische Kampfbegriffe wie Rasse oder Blut nicht einfach deshalb übernehmen kann, nur weil sie en vogue und mehrheitsfähig sind.
- Sie vergaßen, dass die Gültigkeit von Recht und Gesetz nicht willkürlich zugeteilt werden kann, sondern ungeteilt ist.
- Sie vergaßen, dass der Nächste auch dann der Nächste ist, wenn er nicht ihrer Landeskirche oder gar einer anderen Glaubensgemeinschaft angehört.

### 1. Die Haltung zu den Juden seit 1918

Um den politischen Wandel im Deutschen Reich im Frühjahr 1933 verstehen zu können, muss auf den November 1918 und seine Folgen blicken. Niederlage und Revolution bedeuteten gerade für Protestanten eine Verlusterfahrung ohne gleichen: statt evangelischer Leitkultur und der Monarchie als der besten und den Deutschen gemäßen Staatsform herrschten nun in einem weltanschaulich neutralen Staat, den die Mehrzahl der Protestanten als schwach und undeutsch ablehnten, Pluralismus und Parteiendemokratie.

Im Glauben an die Dolchstoßlegende waren auch viele Protestanten davon überzeugt, dass *Juden* die Urheber und größten Nutznießer der Umwälzungen waren. Zur Verbreitung dieser Zerrbilder trug schon früh die einflussreiche kirchliche Presse bei. In ihr wurden auch Rufe nach einem Boykott jüdischer Geschäfte laut, denn – so die feste Überzeugung – Juden hatten in Deutschland zu viel und negativen Einfluss in Politik, Wirtschaft und Kultur. Juden repräsentierten in der evangelischen Wahrnehmung nicht nur eine fremde Religion, sie standen auch für die ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der Moderne. Und diese widersprachen den rückwärts gewandten, harmonistischen Vorstellungen von Familie, Wirtschaft und tiefgründig-innerlicher deutscher Kultur.

Die geschilderten Positionen sorgten für eine Annäherung der Kirche an die politische Rechte. In deren Betonung von Familie, Volk und Rasse wollten Theologen Übereinstimmungen mit dem lutherischen Deutungsmodell menschlicher Gemeinschaft – den Schöpfungsordnungen – erkennen. Kritik an der christentumsfeindlichen Blut- und Bodenideologie wurde selten laut. Man glaubte gar, zwischen ‚gutem‘ und ‚schlechtem‘ Antisemitismus unterscheiden zu können. Ersterer kämpfte zum Wohl Deutschlands gegen den jüdischen Einfluss, letzterer vergöttere das nordische Blut. Wenn die Judenfeindschaft aber auf das Christentum als aus dem Judentum stammende Religion durchschlug, setzte man sich zur Wehr.

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



Zur literarischen Beschäftigung mit der Rechten kamen bald entsprechende politische Aktivitäten von Theologiestudenten und Pfarrer hinzu, auch wenn die Akteure dieses Tun als national oder sozial, also als unpolitisch definierten. Die Hitlerbegeisterung unter bayerischen Geistlichen entwickelte sich früh und stetig, im September 1924 versammelte die Arbeitsgemeinschaft völkischer Pfarrer ca. 80 Geistliche in Nürnberg; 1931 entstand der Nationalsozialistische Evangelische Pfarrerbund. 1932 konnten ca. 20 % der Pfarrer als *überzeugte Anhänger* des Nationalsozialismus gelten, 5 % waren auch Parteimitglieder. Der Sympathisantenkreis kann auf 50 % veranschlagt werden.

Einen gewichtigen Beitrag zur antijüdischen Stimmung in Bayern leisteten Erlanger Theologieprofessoren wie Paul Althaus, Hermann Jordan, Hans Preuß oder Hermann Strathmann. Einig in der Ablehnung der Republik propagierten sie in Vorträgen vor Pfarrern, in Publikationen und Lehrveranstaltungen die biologistisch-völkisch-antisemitische Grundthese, dass man sich im Existenzkampf um die deutsche Seele gegen den jüdisch dominierten aufklärerischen Geistes befinde. Zur Kritik veranlasste sie nur, dass im Nationalsozialismus Rasse und Blut quasi-religiösen Status erhielten und so zur Konkurrenz zum Christentum wurden.

Gemäßigte Stimmen waren selten und zudem inkonsequent in der Argumentation. Pfarrer Georg Merz erklärte den völkischen Rassenwahn schon 1921 zu einem Problem der protestantischen Ethik und verurteilte die Gewaltbereitschaft der Völkischen. Doch auch er wusste um den *zersetzenden jüdischen Geist*. Und für die von ihm abgelehnte Überzeugung, dass der Weg zum Heil über das Blut führe, fiel ihm keine bessere Bezeichnung als *jüdisch* ein.

## 2. Wieso protestieren?

### Der Staat ist im Recht – außer er tangiert unsere Belange

Sofort nach der Machtergreifung setzten die antijüdischen Maßnahmen des Regimes ein. Geblendet vom Glanz der nationalen Wiedergeburt verklärten viele das Unrecht zur Erfüllung der lange Zeit geäußerten Forderungen nach dem Zurückdrängen des als zu groß erachteten jüdischen Einflusses in Kultur, Wirtschaft und Politik. Tatsächlich gab es 1933 in Deutschland rund 525000 Glaubensjuden und sog. Mischlinge, das waren weniger als 1 % der Bevölkerung, sowie etwa 350000 Juden und Mischlinge nichtjüdischen Glaubens.

Die kirchliche Reaktion in Bayern auf die Rassenpolitik will ich an zwei Punkten verdeutlichen, beide nahmen ihren Anfang im April 1933:

1.) Unter dem Vorwand, auf die ausländische Kritik an Polizeimaßnahmen gegen politische Gegner und jüdische Mitbürger in der Folge des Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933 zu reagieren, kam es am 1. April zu einem reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte, Anwälte und Ärzte. Organisator war der fränkische Gauleiter Julius Streicher. Trotz zahlreicher Aufforderungen zum

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



Protest schwiegen die Kirchenleitungen. In einer auf das Ausland zielenden Rundfunkrede vom 4. April attestierte der Berliner Generalsuperintendent Otto Dibelius den Maßnahmen Legalität und deutete sie als Rückkehr zu der seit 1918 nicht mehr bestehenden Normalität.

Am 30. August 1933 beriet der bayerische Landeskirchenrat endlich über die Behandlung der *Nichtarier* und beschloss, bei Reichsjustizminister Gürtner vorstellig zu werden, da durch den Boykott viel Unrecht erlitten werde. Bis heute ist unklar, ob der Brief je abgesandt wurde.

Nach einer Boykott-Aktion in Ansbach im März 1934 forderte Landesbischof Meiser von Ministerpräsident Siebert ein Ende der Aktion, da eine wirtschaftliche oder gesellschaftliche Schädigung jüdischer Bürger mit christlichem Handeln unvereinbar sei. Der Boykott treibe *die besten Teile der Bevölkerung, die sich aus voller Überzeugung dem Nationalsozialismus ... angeschlossen haben*, in einen Gewissenskonflikt, der in einer Ablehnung des nationalsozialistischen Staates enden könne. Es bleibt also offen, was Meiser mehr am Herzen lag: das Wohl der jüdischen Bevölkerung oder das Ansehen des Staates?

2.) Auf das im April 1933 verkündete *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* reagierten die Kirchen nicht. Man war davon ja nicht betroffen.

Am 6. September 1933 beschloss die Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union die Aufnahme eines sog. Arierparagraphen in ihr Kirchenbeamten-gesetz. Bald folgten andere deutsch-christlich regierte Landeskirchen nach. Zur Klärung dieser Situation baten kurhessische Pfarrer am 11. September 1933 die Theologischen Fakultäten in Marburg und Erlangen um ein Gutachten über den Arierparagraphen. Es galt zu klären, ob das preußische Kirchengesetz Schrift und Bekenntnis sowie der Präambel der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche entspreche oder nicht.

Die Marburger Gutachter betonten die jüdischen Wurzeln des Christentums, den rein religiösen Unterschied zwischen Jude und Christ und die Taufe als alleiniges Kriterium für die Kirchenmitgliedschaft. Versuche, Jesus zum Arier zu machen, seien unhistorisch. Ihr Resümee lautete: Die Beschränkung der Rechte nichtarischer Christen in der Kirche sei unvereinbar mit Verfassung und Wesen der Kirche.

Im Auftrag ihrer Fakultät erarbeiteten die Erlanger Professoren Paul Althaus und Werner Elert eine Stellungnahme über die Zulassung von *Nichtariern* zu kirchlichen Ämtern – nicht zum Ausschluss, wie es das Gesetz vorsah! Im Gegensatz zum Marburger Votum betonten sie im Geist der neuen Zeit den Unterschied zwischen Juden und Deutschen und die traditionelle Verknüpfung der Zulassung zu kirchlichen Ämtern mit bestimmten äußeren Voraussetzungen. Die Gotteskindschaft hebe biologische Unterschiede nicht auf, und die Ordnung der Kirche dürfe die *historisch-völkische Gliederung* nicht ignorieren.

Bischof Meiser urteilte über das Fakultätsvotum mit einem klaren Ja–Aber bzw. mit der Scheidung weltlich–geistlich. Forderungen nach einem Arierparagraphen im öffentlichen Raum sah er als berechtigt an. Eine radikale Judenfeindschaft lehnte er dagegen ebenso ab wie einen übersteigerten Nationalismus, zumal dieser den übernationalen Charakter des Christentums bekämpfe. Und in seiner Landeskirche wurde der Arierparagraph – auch weil Pfarrer früh dagegen mobil gemacht hatten – nie eingeführt.

### 3. Individueller Protest, kirchliche Selbstbezogenheit

#### und eine (zu) späte Einsicht

Nur eine kleine Minderheit von Theologen und Laien forderte ihre Kirche zum Widerspruch gegen das Unrecht an jüdischen Mitbürgern und an aus rassistischen Gründen verfolgten Christen auf. Schon vor Dietrich Bonhoeffers Appell vom Juni 1933, die *Opfer unter dem Rad zu verbinden* bzw. dem Rad selbst in die Speichen zu fallen, hatten Einzelne ein Wort der Kirche gefordert, da die antijüdischen Aktionen die Volksgemeinschaft zerstörten und gegen elementare christliche Werte verstießen.

Der Münchener Bankier und langjährige bayerische Synodenpräses Wilhelm Freiherr von Pechmann intervenierte zwei Mal beim Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss als oberstem Organ des Protestantismus gegen den Boykott vom April 1933. Bei seinem zweiten Anlauf forderte von Pechmann, dass der Kirchenausschuss zur *Verletzung christlicher Gerechtigkeit und Liebe* gegen jüdische Mitbürger nicht mehr schweige. Andernfalls laufe die Kirche Gefahr, sich selbst untreu zu werde. Der Kirchenausschuss solle erklären, dass die Kirche *ihre Angehörigen jüdischen Stammes nach wie vor als die ihrigen ansieht, mit ihnen fühlt und in den Grenzen des praktisch Möglichen für sie eintritt*. Zugleich sollten die ausländischen Kirchen um Zurückhaltung gegenüber den Vorgängen im Rahmen der Machtergreifung gebeten werden. Der Staat müsse zudem trotz aller berechtigten Korrektur von Missständen Gerechtigkeit und Nächstenliebe walten lassen. Freiherr von Pechmann setzte sich also nur für rassistisch verfolgte Christen ein. Und nur das Wie der Maßnahmen, nicht das Dass erschien ihm problematisch.

Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze aus Berlin versuchte im Mai 1933, ein *Internationales Hilfskomitee für deutsche nichtarische Auswanderer* zu schaffen. Wegen der Unterstützung von Juden wurde er verhaftet und in die Schweiz abgeschoben.

Da sich Verfolgte immer wieder an sie gewandt hatten, forderte die Leiterin des Evangelischen Wohlfahrtsamtes Berlin-Zehlendorf Marga Meusel im August 1934 Superintendent Martin Albertz, einen Kritiker der Rassenideologie, auf, eine zentrale kirchliche Beratungsstelle für rassistisch verfolgte Christen einzurichten. Albertz' Plan, diese Stelle bei der Inneren Mission anzusiedeln, scheiterte. Er beauftragte aber Meusel, eine Denkschrift zur Frage der Nichtarierberatung

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



zu verfassen. Sie beschrieb die *Aufgaben der Bekennenden Kirche an den evangelischen Nichtariern* sowie die möglichen Konsequenzen für die Kirche klar und differenziert. Sie betonte aber, dass diese Arbeit unauffällig erfolgen müsse und nicht als Opposition gegen den Staat deutbar sein dürfe.

Albertz plante, die Denkschrift der 3. Reichsbekennnissynode der BK im Juni 1935 in Augsburg vorzulegen. Dieses Ansinnen sorgte jedoch für Verärgerung, offiziell wurde in Augsburg das Thema nicht angesprochen, zumal die Synode von Anfang an unter der Prämisse gestanden hatte, nicht den Unmut des Staates – etwa durch die Diskussion kirchenpolitischer Fragen – zu erregen.

Eine weitere Frau ist zu nennen. Die Berliner Lehrerin Elisabeth Schmitz beschrieb die Lage der Verfolgten detailgenau in einer Denkschrift vom September 1935. Schmitz forderte einen kirchlichen Protest, zumal man immer wieder Bekenntnisse zum Staat ablege. Aber auch dieser Text verhallte ergebnislos. Vielleicht war Schmitz' Kirchenkritik zu scharf.

Fast zeitgleich mit dieser Initiative und Albertz' erfolglosem Plan einer deutschen Hilfsstelle für rassistisch verfolgte Christen regte Pfarrer Hermann Maas aus Heidelberg an, dass sich der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen mit der Lage der Verfolgten befasse. Dort stimmte man seinen Plänen zur Unterstützung Auswanderungswilliger zu und bat um Gründung nationaler Hilfskomitees. Der Versuch einer Gründung in Deutschland scheiterte: weder die in sich zerstrittene Bekennende Kirche noch die Innere Mission sahen sich zu dieser Arbeit im Stande, die Gestapo erschien zur Gründungsversammlung.

Nachdem am Jahresanfang 1937 der anglikanische Bischof George Bell Schritte zur Unterstützung rassistisch verfolgter Christen unternommen hatte, nahm etwa durch Elisabeth Schmitz innerkirchlich die Kritik an der Untätigkeit der BK zu. Und nun findet sich auch wieder eine Stimme, die Hilfe für Juden forderte, denn gerade in Berlin hatten Willkürmaßnahmen den Auswanderungsdruck gesteigert. Pfarrer Joachim Ungnad forderte Friedrich von Bodelschwingh in Bethel auf, gegen das Unrecht zu protestieren, das Juden angetan werde.

Im Mai 1938 unternahm Hermann Maas einen neuen Versuch, die Bekennende Kirche zum Handeln zugunsten rassistisch Verfolgter zu bewegen. Er erreichte, dass ein Appell an die Gemeinden ergehen sollte, sich verstärkt dieser Christen anzunehmen. Zudem sollte eine Hilfsstelle eingerichtet werden. Da aber weder Albertz noch Maas die Stelle leiten wollten, wurde der Berliner Pfarrer Heinrich Grüber mit der Betreuung der rassistisch verfolgten Protestanten beauftragt. Grüber meldete seine Tätigkeit im August 1938 beim Auswärtigen Amt an, mehr als die staatliche Duldung konnte er aber nicht erreichen. Neben sein Berliner Büro sollten als zweite Säule landeskirchliche Hilfsstellen treten, damit die Arbeit nicht nur eine Angelegenheit der staatlich nicht anerkannten Bekennenden Kirche war. So entstanden im Reich über 20 Hilfsstellen.

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



Im Juni 1938 kontaktierte Grüber den bayerischen Oberkirchenrat Thomas Breit aus dem Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Breit stand Grübers Anliegen positiv gegenüber. Danach wandte sich Grüber am 26. September 1938 an Bischof Wurm in Stuttgart und an Landesbischof Meiser. Nach München schrieb Grüber, dass er von der wachsenden Not der Betroffenen höre und daher darum bitte, baldmöglichst jemanden für ihre Betreuung zu benennen. Schon am übernächsten Tag beriet der Landeskirchenrat über das Thema.

Mit dem Beschluss vom 28. September 1938, die *Glaubensgenossen in Not* – bitte beachten Sie diese inkludierende Bezeichnung – und ihre Angehörigen zu unterstützen, setzte die Landeskirche ein in seiner Deutlichkeit nicht zu erwartendes Zeichen. Denn bereits im Sommer 1936 hatte Landesbischof Meiser mit einem Nürnberger Kaufmann wegen dessen Ausreisebemühungen in die USA, über die Meiser mit führenden amerikanischen Lutheranern verhandeln wollte, korrespondierte. In diesem Zusammenhang hatte der Kaufmann von seinem Bischof gefordert, dass sich die Kirche viel stärker um ihre rassistisch verfolgten Glieder kümmern und dazu einen entsprechenden Ausschuss einsetzen müsste – vergeblich.

Aber auch nach ihrer Entscheidung zur Hilfe für *Glaubensgenossen in Not* behielt die Kirchenleitung ihren Kurs des Schweigens gegenüber der Judenverfolgung bei. Sie verhielt sich trotz der Aufforderung Freiherr von Pechmanns nach der Reichspogromnacht passiv und auch der Appell Münchner Laien von Ostern 1943 zu einem öffentlichen Protest verhallte – hier argumentierte Meiser mit der Verantwortung für seine Kirche und mit der drohenden Radikalisierung der Verfolgung bei einem Protest.

#### 4. Endlich: zwei bayerische Hilfsstellen

Nach dem Beschluss zur Hilfe für rassistisch verfolgte Protestanten mussten drei Fragen geklärt werden. Die nach dem Personal, die nach den Finanzen und die nach der Form der Hilfe.

Mit dem 1. Vereinsgeistlichen der Inneren Mission in München Friedrich Hofmann wurde schnell ein Mann gefunden, der bereit war, zusätzlich die Fürsorge für rassistisch verfolgte Protestanten zu übernehmen. Großen Illusionen über den Erfolg der Arbeit gab sich Hofmann nicht hin.

Über die Finanzierung der Hilfsarbeit waren sich die landeskirchlichen Stellen bald einig. Der Geldbedarf wurde auf bis zu 10000.– RM jährlich festgelegt, obwohl über die tatsächliche Form der Arbeit noch Unklarheit bestand. Bayern unterstützte aber nicht nur die eigenen Hilfsstellen weit über das generelle Auswanderungsverbot vom Oktober 1941 hinaus bis 1945 großzügig, auch das Büro Pfarrer Grüber wurde in bemerkenswertem Umfang bedacht.

Da nach dem 9. November 1938 der Betreuungsbedarf stark anwuchs, war Hofmann damit allein überfordert. Er bat daher den Landesbischof, eine hauptamtliche Kraft zu berufen. Parallel zu diesen Ereignissen beriet der Landeskirchenrat die Situation der *nichtarischen* bayerischen

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



Pfarrer. Hatte Meiser noch Mitte Dezember 1938 Sympathie für die Auswanderung der Betroffenen gehegt, so berief er dann doch den 34jährigen Pfarrer Johannes Zwanzger als Helfer Hofmanns nach München. Zwanzger – Mischling II. Grades – sollte seinen Dienst am 1. Januar 1939 antreten. Die Anweisungen, die er über seine zukünftige Arbeit erhielt, zeigten, dass die Vorstellungen der Kirchenleitung noch stark von den kommenden Aufgaben abwichen.

Eine zweite Hilfsstelle sollte unter Leitung von Pfarrer Hans-Werner Jordan aus Steinheim bei Neu-Ulm bei der Inneren Mission in Nürnberg angesiedelt werden. Wer war dieser Mann?

Am 5. Juni 1908 geboren, stammte er aus einem gutbürgerlichen Elternhaus, sein Vater Leopold war stellvertretender Direktor der Handelshochschule München und außerordentlicher Professor an der Universität München für Romanistik. Im Juli 1933 sollte er aus rassistischen Gründen seine Professur verlieren. Jordans Mutter Alice stammte aus einem Bankiershaus. Die künstlerisch begabte Frau verstarb bereits 1919 mit gerade 33 Jahren.

Seit 1928 studierte Jordan in Erlangen evangelische Theologie, im Winter 1929/30 wechselte er nach Göttingen und blieb dort sechs Semester – eine Besonderheit für einen bayerischen Theologen. Sogar der Plan einer Promotion im Fach Neues Testament entstand. Nach dem I. Examen in März 1933 trat Jordan in das Nürnberger Predigerseminar ein. Als er hier seine Stellung als *Halbjude* ansprach, erklärte ihm dessen Rektor Schieder, dass der Arierparagraph in der Kirche nichts zähle. Dennoch fühlte Jordan seit der Absetzung seiner Vaters ein *Damoklesschwert* – so schrieb er 1945 – über sich. Er fürchtete, dass ihm künftig Vergleichbares drohe.

1934 wurde Jordan Stadtvikar an St. Anna in Augsburg. Trotz großer Arbeitsbelastung und der Konflikte wegen des Kirchenkampfs mit Partei und Polizei hatte er hier nach eigener Aussage *einige Jahre wirklich schöner Arbeit*. Zunehmend kritisch beurteilte er als Anhänger der radikalen BK die Staatsergebenheit seiner Kirche, zumal der Staat es ihr mit Unterdrückung dankte. Auch seine eigene Lebensplanung gab Anlass zum Pessimismus: zwei Pfarrstellen, auf die er sich Hoffnungen gemacht hatte, wurden anderweitig besetzt und bestärkten ihn in der Überzeugung, benachteiligt zu werden. Die Nürnberger Gesetze vom September 1935 ließen ihn zudem zweifeln, wie und ob er eine Lebenspartnerin finden könne.

Im März 1938 erhielt Jordan seine erste eigene Pfarrstelle in Steinheim bei Neu-Ulm und nach anfänglichen Problemen gewöhnten sich die kleine Landgemeinde und der Großstädter aneinander. In der Reichspogromnacht blieb Jordan zwar unbehelligt, ein sog. Amtsbruder machte aber seine Rassestatus publik. Damit wurde auch die Taktik der Landeskirche obsolet, die Abgabe des Ariernachweises, den Jordan zur weiteren Abhaltung des Religionsunterrichts erbringen musste, zu verzögern.

Über seine Zukunft gingen die Meinungen zwischen Jordan und der Kirchleitung weit auseinander: Jordan wäre gerne in Steinheim geblieben, zumal eine Auswanderung nicht in Frage kam. Die Landeskirche wollte ihn als Leiter der Nürnberger Hilfsstelle für Rasseverfolgte Christen ein-

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser





setzen, Jordan sah sich hierzu aber nicht in der Lage. Als Nichtarier glaubte er sich in einer denkbar schlechten Verhandlungsposition gegenüber staatlichen Stellen. Die Kirchenleitung setzte sich aber über Jordans Bedenken hinweg und versetzte ihn zum Januar 1939 nach Nürnberg zum Landesverein für Innere Mission, offiziell blieb er Inhaber der Pfarrstelle in Steinheim.

Was Hans-Werner Jordan in Nürnberg genau tun sollte, war trotz mehrerer vorbereitender Gespräche am Jahreswechsel 1938/39 zwischen ihm, Bischof Meiser und Männern der Inneren Mission in Nürnberg bzw. München noch unklar. Die größte Hilfe erhielt er hier von seinem Münchner Kollegen Zwanzger.

Am 11. Februar 1939 meldete Hans Werner Jordan seine Tätigkeit beim sog. Judenreferat der Nürnberger GeStaPo an und erklärte, dass es *um Beratung und seelsorgerliche Betreuung von Nichtariern evangelischen Glaubens* gehe. *Die evangelische Kirche wisse sich um der Taufe im Namen Jesu Christi willen verpflichtet, auch diesen ihren Gliedern zu raten und zu helfen.* Für Rückfragen könne man sich an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin wenden.

Während man zur Sicherheit der Hilfsstellen mit offenen Karten spielte und die Arbeit anmeldete, sollte die Korrespondenz der Hilfsstellen nicht ohne weiteres erkennbar sein. Oberkirchenrat Greifenstein als *Landesführer* der Inneren Mission in Bayern riet dazu, dass die Hilfsstellenleiter Briefköpfe und Briefumschläge des Landesvereins für Innere Mission nur im Verkehr mit kirchlichen oder Innere Missionsstellen verwenden sollten, im übrigen Schriftverkehr aber neutrale Umschläge. Manche Adressen, die in der täglichen Arbeit verwendet wurden, verschleierten dann auch geschickt den tatsächlichen Empfänger.

Über den Arbeitsalltag in der Nürnberger Hilfsstelle ist noch wenig bekannt. Deutlich ist, dass Pfarrer Jordan mit seinen Arbeitsbedingungen unzufrieden war: mehr als die Bürosituation war es das Gefühl, nicht mit den Befugnissen ausgestattet zu sein, die er für eine effektive und schnelle Hilfe für die rassistisch verfolgten Christen als notwendig erachtete. Auch das Klima bei der Inneren Mission war anfangs sehr kühl. Denn Jordan erschien als Konkurrent zur Arbeit von Pfarrer Karl Nagengast bei der Nürnberger Stadtmission, der in privater Initiative rassistisch verfolgte Christen unterstützt hatte. Der Leiter der Nürnberger Inneren Mission, Julius Weichlein, sah durch die Versetzung Jordans an seine Stelle eine Gefahr, da er dienstlich regelmäßig Kontakt zu staatlichen Stellen, u. a. der Gestapo, hatte. Nach und nach schwanden aber die Vorbehalte und wichen engagierter Unterstützung. Weichlein übernahm die Verhandlungen mit der Gestapo und anderen Behörden. Elisabeth Nägelsbach, bei der Inneren Mission für Kinder- und Jugendfürsorge zuständig, bearbeitete auch Gesuche, die die Ausreise von Kindern betrafen. Weiterhin konnte Jordan auf die Hilfe des Missionars Johann Bock zählen. Bock betreute Auswanderungswillige seelsorgerlich und vertrat Jordan im Büro, wenn er außer Haus tätig war.

Dennoch waren Hans-Werner Jordans Hilfsmöglichkeiten geringer als die seines Kollegen Zwanzger in München, der auf ein ökumenisches Netzwerk von Helfern zurückgreifen konnte.

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



Trotz kirchenpolitisch-theologischer Übereinstimmung kam Jordan mit Pfarrern der BK nicht in engeren Kontakt – zum Teil schlug ihm offene Judenfeindschaft entgegen. Da auch keine Zusammenarbeit mit jüdischen Hilfsorganisationen zu Stande kam bzw. von Jordan sogar abgelehnt wurde, scheinen die Caritas und das Ehepaar Cohen die einzigen Kooperationspartner der Nürnberger Stelle gewesen zu sein.

Wie sah die tägliche Arbeit hier in Nürnberg aus? Zunächst: Menschen aus ganz Franken und der Oberpfalz in existenzieller Not und zermürbt durch permanente Ausgrenzungserfahrungen fanden hier einen Ansprechpartner, der ihnen ohne Vorbehalte begegnete. Die Betreuungsarbeit lässt sich in vier, sich überschneidende bzw. ablösende Aufgabenbereiche gliedern:

- 1.) Die Hauptaufgabe der Hilfsstellen war die Betreuung von auswanderungswilligen rassistisch Verfolgten und deren Ehepartnern bzw. Kindern, die dem zur Flucht gezwungenen oder bereits ausgewanderten Ehegatten, Elternteil oder Kind folgen wollten, sowie die Aufbringung der Reisekosten bzw. der Nachweis der im Gastland geforderten Bürgschaften. Die Ausreisewilligen wandten sich direkt an die Hilfsstellen oder wurden v. a. vom Büro Pfarrer Grüber an die für sie zuständige Stelle verwiesen. Pfarrer Jordan unterstützten diese Menschen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz im möglichen Aufnahmeland. Dabei musste er zahlreiche bürokratischen Hindernisse und Schikanen nicht nur im Inland überwinden. Angesichts der auf protestantische „Nichtarier“ begrenzten Zuständigkeit des Problems, dass deren Ehegatten oder Kinder mit anderem „Rassestatus“ nur von den jeweils für sie zuständigen Stellen betreut werden durften, galt es auch mit jüdischen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten. Eine Notiz Pfarrers Jordans zeigt indes, dass er auch sog. Glaubensjuden beriet.
- 2.) Die Suche nach einem Arbeitsplatz war vielfach die zweite Phase der Betreuung, nachdem eine Auswanderung gescheitert war.
- 3.) Fürsorge und Hilfe bei der Wohnungssuche bzw. im Kontakt mit Behörden oder der Familie im Fall von Kündigung, Alter, Krankheit oder Haft.
- 4.) Ein letzter beratender *Dienst* der Hilfsstellen waren Ratschläge für zur Deportation vorgesehene Menschen.

Über die Tätigkeit der Hilfsstellen und über die Situation der Hilfe Suchenden war die Kirchenleitung durch Berichte der Pfarrer Jordan und Zwanzger bestens informiert. Meiser und Zwanzger trafen sich auch mehrfach zum Vier-Augen-Gespräch. Während wir über sie nichts Näheres wissen, ist ein Gespräch Jordans mit seinem Bischof von Ende März 1939 aktenkundig geworden.

Hans-Werner Jordan hielt sich dabei mit Kritik an der Landeskirche nicht zurück. Es fehle ein klares Bekenntnis der Kirche zu ihren *nichtarischen* Mitgliedern, nur damit könne aber dem Staat der Unterschied zwischen Volksgemeinschaft und Kirche verdeutlicht werden. Oft seien

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



diese Christen in ihren Gemeinden isoliert und von Obdachlosigkeit bedroht. Nach dem Verlust ihrer Wohnungen kämen sie nicht in Heimen der Inneren Mission unter, besonders gelte dies für alte Menschen.

Seine Tätigkeit schilderte Jordan als sehr bedrückend: es kämen nur wenige Hilfe Suchende zu ihm, helfen könne er ihnen kaum, obwohl der Aufwand mit seiner Stelle so groß sei. Deutlich wurde auch, dass er sich in Nürnberg nicht heimisch fühlte und am liebsten nach Steinheim zurückgekehrt wäre, denn er sah seine ureigenste Aufgabe in der Seelsorge und in der Verkündigung. Jordans Bilanz nach drei Monaten Hilfsstellenarbeit war vernichtend: er sei völlig isoliert und frage sich, ob die Stellen in München und Nürnberg *nicht nur Morphium für das Gewissen der Kirche* seien.

Nach knapp einem Jahr stattete Hans Werner Jordan dem Landeskirchenrat am 2. November 1939 einen Bericht über die *Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeit an den notleidenden Glaubensbrüdern* ab.

Anders als noch im März zweifelte er die Notwendigkeit der Arbeit nicht mehr an, als Schwerpunkte erkannte er die materielle und die seelische Not. Da den Gemeindepfarrern oft der Mut und der Wille zur vorbehaltlosen Hinwendung fehle, müsse er den Hilfe Suchenden das Gefühl von menschlicher Nähe und Verständnis entgegen bringen.

Weiterhin kritisch äußerte sich Jordan zur Auswandererhilfe in Zusammenarbeit mit dem Büro Pfarrer Grüber, da nur bei einem Bruchteil der Gesuche Hilfe möglich sei. Auch bei Wohnungsfrage sei er so gut wie machtlos, da es ihm an Beziehungen fehle. Noch schlimmer sei die Lage alter, betreuungsbedürftiger Menschen. Für die Heimunterbringung fehle zumeist das Geld, die Anstalten fürchteten Nachteile, wenn sie *Nichtarier* unterbrächten. Hier erschöpfe sich seine Hilfe in Geldzuwendungen und in seelsorgerlichen Gesprächen.

Erneut problematisierte er das Prinzip der Arbeit. Sie sei finanziell ineffizient und an der falschen Stelle verortet. An seine Stelle gehöre ein einflussreicher Mann der Inneren Mission. Er selbst sei durch seinen Status gehemmt.

Zur gleichen Zeit tauschte sich Pfarrer Jordan mit seinem Münchner Kollegen Johannes Zwanzger über Arbeitsmethoden und Erfolge aus. Deutlich wurde aus diesem Brief vom 7. November 1939 und aus den Berichten Zwanzgers, was beide Pfarrer seelisch am stärksten belastete: die hohe Selbstmordrate unter den Betreuten, insbesondere wenn sie nach langem Hoffen auf die Ausreise eine Absage erhalten hatten. Als Konsequenz daraus dachte Jordan daran, die Nürnberger Tätigkeit aufzugeben.

Im März 1940 musste Jordan nach München berichten, dass mit Kriegsbeginn die Auswanderung fast vollständig zum Erliegen gekommen sei. Die Einreise in die USA scheitere entweder an fehlenden Devisen für die Überfahrt oder an der Einwanderungsquote. Daher habe sich die Tä-

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



tigkeit gewandelt, Schwerpunkte seien nun finanzielle Unterstützungen und die Beratung von Menschen, die in einer Mischehe lebten.

Angesichts der kaum noch vorhandenen Auswanderungsmöglichkeiten wandte sich Arbeit Jordan noch mehr der Seelsorge zu. Mit viel Gespür für die Seelenlage der Menschen schrieb er: *Doch ist auch mancher für ein bescheidenes Trostwort empfänglich und dankbar. Und dankbar sind auch die, denen mit einer Gabe wieder etwas über die dringendsten Sorgen geholfen werden konnte. Manche Pfarrämter haben hier auch in feiner Weise mitgeholfen, sodaß diese Menschen das Gefühl bekamen, daß sie nicht von einer „Stelle“ getragen werden, sondern Anteil haben an der Gemeinschaft des Leibes Christi. Andere Pfarrämter zeigen eine erschreckende Verständnislosigkeit [...]. Und das ist dann für diese Menschen oft schwer zu tragen, wenn sie da, wo sie eigentlich hingehören, so wenig von der Gemeinschaft des Glaubens erfahren. Meinen Erfahrungen nach ist uns hier die katholische Kirche weit über. Dennoch darf mit allen Vorbehalten gesagt werden, daß die Arbeit vielleicht nicht ganz vergeblich war. Auch die Stadtmission, die sich zweier Fälle noch besonders annimmt, hat in einem Fall sehr gute Erfahrungen gemacht. Das stärkt einen in dieser gewiß nicht „schönen“ Tätigkeit, daß es auch noch andere gibt, die für diese Menschen Verständnis aufbringen.*

## 5. Epilog

Am 16. Dezember 1940 wurde Hans Werner Jordan zur Wehrmacht nach Regensburg einberufen, als er seine Abstammung dort meldete, wurde er im Januar 1941 wieder entlassen. Bis über das Kriegsende hinaus folgte nun eine Odyssee von Vertretungsdiensten. Sie führte ihn zunächst über Puschendorf bei Fürth hierher nach Wöhrd und 1943 nach Buch. Der Haft in einem *Mischlingslager* entging er 1944 knapp Dank dem Einschreiten seiner Pflegemutter und von Vorgesetzten. Im April 1945 sollte er nach Beilngries zur Aushilfe, dort angekommen, wurde er nach Parsberg weitergeschickt, da die avisierte Stelle schon besetzt war. Nach Buch, wo ihn die Gemeinde gerne behalten hätte, konnte Jordan nicht zurück, da die Kirche einen anderen Vertreter entsandt hatte.

Neben diese berufliche Ungewissheit, die – zumindest bis Kriegsende – von der Kirche nicht beendet werden konnte, traten für Jordan weitere schmerzliche Erfahrungen. Der Rassenwahn hatte Leid und Tod über seine Familie gebracht und aus der Ferne musste er erleben, wie das Steinheimer Pfarrerrhaus, dort war er bis 1949 offiziell Pfarrer, immer mehr von seinem Stellvertreter in Beschlag genommen wurde und seine Abwesenheit als der Normalzustand galt.

Erst im Oktober 1949 erhielt Hans-Werner Jordan wieder eine ordentliche Pfarrstelle an St. Stephan in Bamberg. Hier wirkte er in einem streng konservativen Umfeld als für die neuere Theologie aufgeschlossener Seelsorger bis seinem krankheitsbedingten zeitlichen Ruhestand im Jahr

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



1970, im Folgejahr trat er in den dauerhaften Ruhestand. Am 15. September 1978 ist er in Bamberg verstorben.

Die Rückkehr auf ein reguläres Pfarramt hatte er bereits 1945 mit Blick auf seinen Weg seit 1938 gefordert. Mit diesem Ansinnen hatte er jedoch bei der Kirchenleitung größte Empörung hervorgerufen, zu einem dauerhaft konfliktfreien Verhältnis zu seiner Kirche scheint es nicht mehr gekommen zu sein.

## 6. Ein Blick zurück auf Widersprüche

Abschließend möchte ich den Blick noch einmal auf die Landeskirche richten und vier Widersprüche konstatieren:

- die kirchliche Akzeptanz antisemitischer Positionen in der Gesellschaft und vor allem in der Pfarrerschaft schon vor 1933 – also, und vielleicht gerade deshalb, unter den Bedingungen einer Demokratie – standen neben der unbeirrt beibehaltenen Position der Leitung der Landeskirche, dass getaufte *Nichtarier* vollwertige Glieder der Landeskirche seien;
- das Schweigen aus Angst vor Repressionen gegen Einzelne bzw. vor Angriffen auf die Institution Landeskirche und der zu lange gehegte Glaube an das legitime Handeln eines offenkundigen Unrechtsregimes standen neben der reichsweit einmaligen personellen und finanziellen Ausstattung der kirchlichen Hilfsstellen für die *Glaubensgenossen in Not*;
- trotz der segensreichen Arbeit der bayerischen Hilfsstellen und der daraus auch resultierenden genauesten Kenntnis der Geschehnisse blieb es beim – zuletzt an Ostern 1943 mit dem Münchener Laienbrief kritisierte – Schweigen zum Massenmord an den deutschen und europäischen Juden;
- mit Dietrich Bonhoeffer gesprochen: auf den Entschluss, die unter das Rad Gekommenen zu verbinden, folgte nicht der Schritt, dem Rad in die Speichen zu fallen. Oder wie es Freiherr von Pechmann nach einem Gespräch mit Landesbischof Meiser am 24. November 1938 feststellte: die *amtliche Verantwortung* für den Fortbestand der Landeskirche war größer als die *rein persönliche Verantwortung* des auf eine mutige Tat seiner Kirche hoffenden Laien.

Schriftliche Wiedergabe und Weiterverwendung nur nach Rücksprache mit dem Verfasser



## Weiterführende Literatur:

- Fix, Karl-Heinz: Glaubensgenossen in Not. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und die Hilfe für aus rassistischen Gründen verfolgte Protestanten. Eine Dokumentation (Die Lutherische Kirche – Geschichte und Gestalten, Band 28), Gütersloh <sup>2</sup>2011.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Theologische Strömungen, in: Handbuch der Geschichte der Evangelischen Kirche in Bayern, hg. von Gerhard Müller/Horst Weigelt/Wolfgang Zorn, Band 2: 1800–2000, St. Ottilien 2000, S. 249–269.
- Mensing, Björn: Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen, 26), Göttingen 1998.
- Seiler, Matthias: Tritt ein für die Schwachen! Hans Werner Jordan – Ein Pfarrer jüdischer Herkunft im Einsatz für „nichtarische“ Christen während des 3. Reichs, in: ZBayKG 74 (2005), S. 200–232.
- Töllner, Axel: Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, der Arierparagraph und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im „Dritten Reich“ (Konfession und Gesellschaft, 36), Stuttgart 2007.
- „... wo ist Dein Bruder Abel?“ 50 Jahre Novemberpogrom. Christen und Juden in Bayern in unserem Jahrhundert, Nürnberg <sup>2</sup>1988.